



Hamburgisches
WeltWirtschafts
Institut



Wie viel Soziale Marktwirtschaft steckt in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2017?

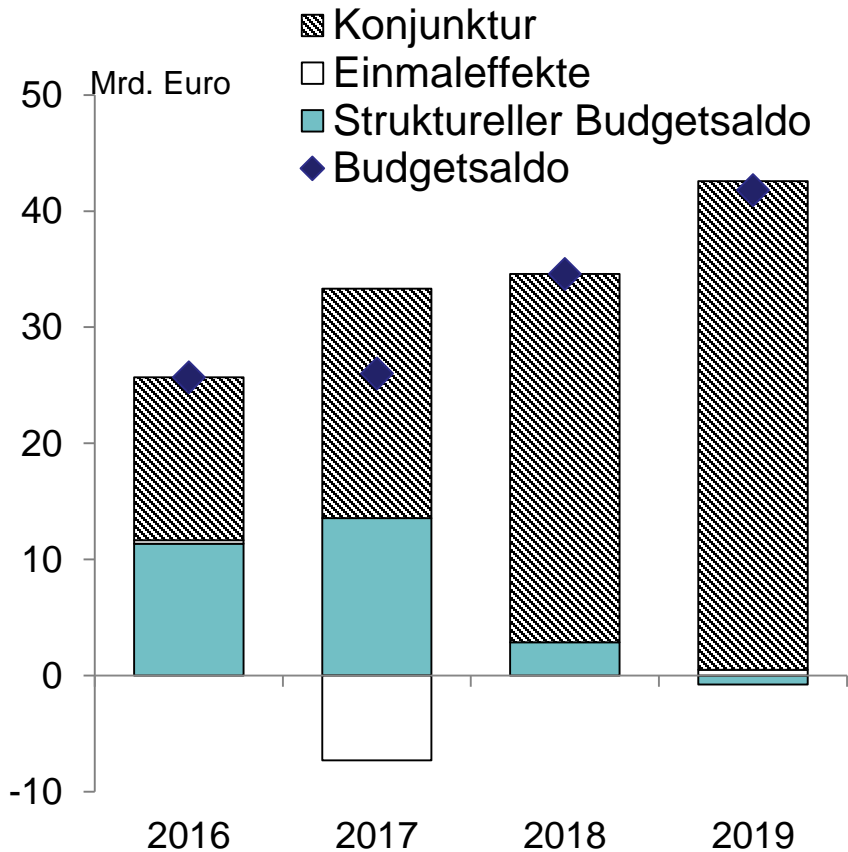
Hauptaussagen zur Studie des HWWI in Kooperation mit dem IfW Kiel
im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Dr. Christina Boll
Prof. Dr. Jens Boysen-Hogrefe
Dr. André Wolf

Berlin, 6. September 2017

Zu den Grundlinien der Haushalts- und Finanzpolitik

Die Ausgangslage



Quelle: Europäische Kommission, AMECO; Berechnungen und Prognosen des IfW.

- Konjunkturhoch heißt auch –tief in der Folge
- Zinsausgaben historisch niedrig
- Demografisches Zwischenhoch endet
- Budgetüberschüsse mit transitorischen Ursachen

Zu den Grundlinien der Haushalts- und Finanzpolitik

Die Positionen der Parteien

CDU/CSU: Klares Ja zur Schuldenbremse.

SPD: Aktuelle Spielräume unter der Schuldenbremse voll ausschöpfen.

FDP: Zusätzliche Schuldentilgung während der Niedrigzinsphase.

Bündnis 90/ Die Grünen: Schuldenbremse modifizieren
– Investitionen gesondert erfassen.

Die Linke: Schuldenbremse abschaffen.

Zu den Grundlinien der Haushalts- und Finanzpolitik

Bei der Konsolidierung auf Kurs bleiben

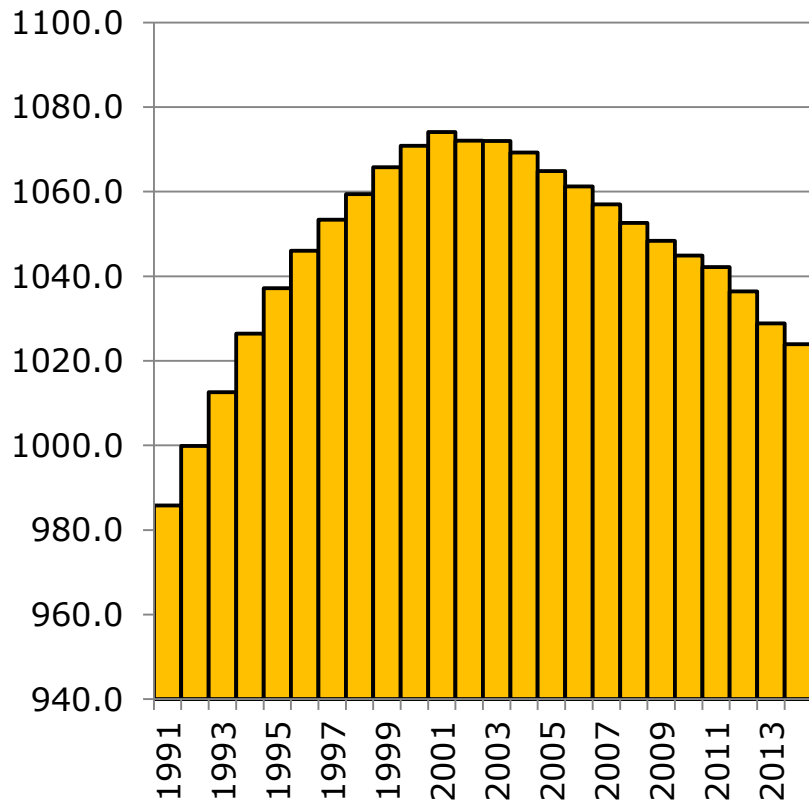
- Aktuelle Niedrigzinsphase spricht für vorübergehende Überschüsse (intergenerationale Gerechtigkeit).
- Finanzpolitik dauerhaft ausrichten.
- Kein Hin und Her bei Steuern und Beiträgen.
- Akzeptanz der Schuldenbremse nicht gefährden.

Zu den Öffentlichen Investitionen

Die Ausgangslage

Öffentlicher Kapitalstock

(in Mrd. Euro)



Quelle: IfW (2015)

- Seit 2003 ist der öffentliche Kapitalstock deutlich rückläufig
- Lage in einigen Kommunen ist sehr angespannt
- Konkurrenz zu Sozialausgaben
- Kommunen: Hohe Schulden – wenig Investitionen

Zu den Öffentliche Investitionen

Die Positionen der Parteien

Ein Mehr an öffentlichen Investitionen streben alle Parteien an.

CDU/CSU und *SPD* begrüßen die aktuellen Investitionsprogramme des Bundes.

SPD strebt Ausweitung an, auch im Bildungsbereich: Kooperationsverbot Bund/Kommunen kippen.

Bündnis 90/Die Grünen und *Linke* wollen Kommunen von Sozialausgaben entlasten (-> Bund) und Altschuldentilgungsfonds einrichten.

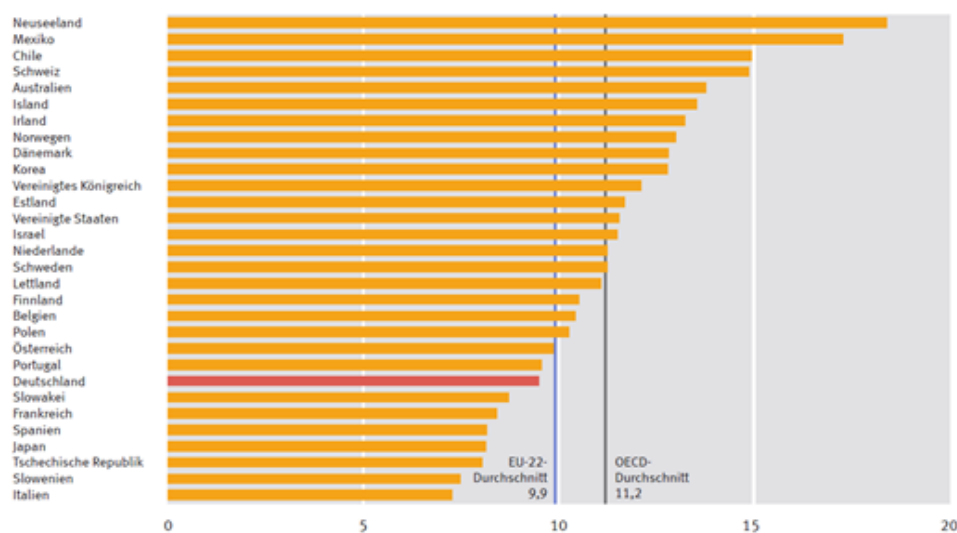
Zu den Öffentliche Investitionen

Investitionen strukturell ausrichten, nicht an der Kassenlage

- Schuldenbremse ist nicht die Ursache der Investitionsschwäche.
- „Plötzliche“ Programme können kaum „verdaut“ werden.
- Strukturen für mehr öffentliche Investitionen schaffen
- Sozial schwache Kommunen entlasten: Sozialausgaben, die vom Bund beschlossen wurden, auf den Bund verlagern.
- Infrastrukturgesellschaften!

Situation im Bildungssystem

Abbildung 5.3.1-1: Öffentliche Ausgaben für Bildung (Primar- bis Tertiärbereich) in Relation zu den öffentlichen Gesamtausgaben 2013 in %



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Tabelle B4.2 in OECD, Bildung auf einen Blick 2016

Quelle: Statistisches Bundesamt: Bildungsfinanzbericht 2016, S. 93

- *Status quo*: Bildungsstand der Bevölkerung steigt kontinuierlich; auch Weiterbildungsbeteiligung steigt
- *Bildungsfinanzierung*:
 - Bildungsanteil an öffentlichen Gesamtausgaben (2013: **9,5%**) sowie am BIP (4,3%) noch immer unterdurchschnittlich im internationalen Vergleich
 - Bildungsfinanzierung „steht auf dem Kopf“, gemessen an sozialen Erträgen
- *Soziale Disparitäten*:
 - An der steigenden Bildungsbeteiligung haben in Deutschland nicht alle sozialen Gruppen gleichmäßig teil
 - dies gilt auch für Weiterbildung; Verstärkung der Ungleichheit
 - Kompetenzen statt Bildungsjahre wichtig für Wachstum

Vorschläge der Parteien

- Krippe/Kita: *CDU/CSU* betont Wahlfreiheit der Eltern und will an Gebühren festhalten. *SPD* ist für Gebührenfreiheit von Krippe bis Hochschule, *Die Linke* fordert Gebührenfreiheit ab Kita.
- Ganztags: *SPD* fordert Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kita- und Grundschulkinder, *Bündnis 90/Die Grünen* fordern dasselbe für Grundschulkinder. *CDU/CSU* wollen „bedarfsgerechtes Angebot im Grundschulalter“ bereitstellen (?)
- Einigkeit der Parteien in folgenden Punkten: hohe Bewertung von Bildung, Notwendigkeit des Qualitätsausbaus in frühkindlicher Bildung, der Stärkung digitaler Kompetenzen, der Erhöhung der Bildungsausgaben, aber: Finanzierungsfrage ungeklärt.
- *FDP*: Einzige Partei, die Strukturreformen im Schulsystem anspricht
- *SPD* möchte Mindestausbildungsvergütung etablieren, um duale Ausbildung attraktiver zu machen
- *FDP* für nachgelagerte Studiengebühren
- Weiterbildung: kaum konkrete Anhaltspunkte in den Programmen, wie Abbau sozialer Disparitäten gelingen soll

Bildungsinvestitionen als Wachstumsinvestitionen begreifen

- Bildung ist Schlüssel für Wachstum und Wohlstand und gehört ins Zentrum der Wachstumspolitik!
- frühkindliche Bildung: Angebote allein genügen nicht – sie müssen auch genutzt werden; Informationsstand von Eltern über Bildungsnutzen
- soziale Disparitäten in Weiterbildungsteilnahme abbauen: zielgruppenadäquate Finanzierungsinstrumente und Bildungsformate sind gefragt
- Bildungsfinanzierung vom Kopf auf die Füße stellen; besser regelbasierte föderale Zuständigkeiten als fallweise Löcher nach Kassenlage des Bundes zu stopfen
- Geld ist nicht alles: Strukturreformen im Bildungssystem nötig (mehr Wettbewerb, Reform der Lehrerausbildung)

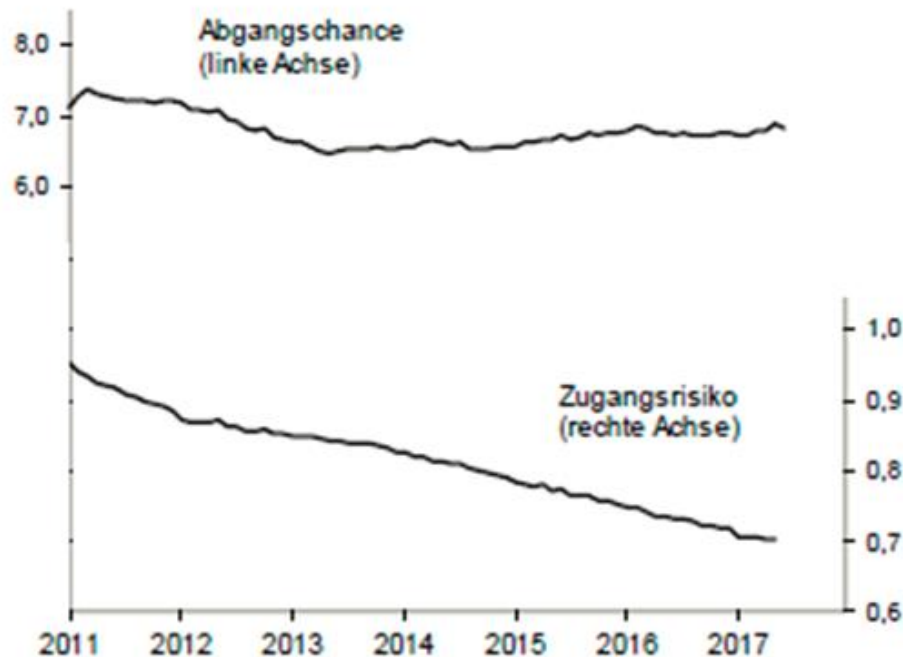
Lage am Arbeitsmarkt

Zugangsrisiko und Abgangschance¹⁾

Gleitende Jahreswerte in Prozent

Deutschland

2011 bis 2017



¹⁾ Zugangsrisiko: Zugang in Arbeitslosigkeit aus Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt (einschl. betriebl./außerbetriebl. Ausbildung) eines Monats bezogen auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung des Vormonats (Daten mit einem Monat Wartezeit).
Abgangschance: Abgang aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt (einschl. betriebl./außerbetriebl. Ausbildung) eines Monats bezogen auf die Arbeitslosen des Vormonats.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Quelle: BA (2017), S. 17, Abb. 11.

- Arbeitsmarkt in guter Verfassung
- v.a. sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse nehmen zu (April 2016/17: +727.000)
- Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit sinken
- *Zugangsrisiko in Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken*
- *Abgangschance in Beschäftigung weit weniger dynamisch*
- Langzeitarbeitslosen-Anteil 36,5 %

Positionen der Parteien

- Mindestlohn: *Die Linke* fordert 12 Euro, *SPD* und *Die Linke* fordern Rücknahme der Ausnahme vom Mindestlohn für Langzeitarbeitslose in ersten 6 Beschäftigungsmonaten
- *SPD*, *Bündnis 90/Die Grünen* und *Die Linke* beklagen Niedriglohnsektor und problematisieren Formen atypischer Beschäftigung als prekäre Beschäftigung; *CDU/CSU* möchte Befristungen für Berufseinsteiger zurückfahren
- Flexibilität von Arbeitszeiten/-orten wird von allen Parteien tendenziell begrüßt, Risiken und Chancen werden aber unterschiedlich bewertet
- *CDU/CSU* und *FDP*: Flexibilität ist keine Einbahnstraße. Betriebe benötigen Anpassungsmechanismen
- Weiterbildung: *SPD* und *Bündnis 90/Die Grünen* wollen Zentralisierung und Umbau der ALV zu Arbeitsversicherung, *SPD* und *Die Linke* wollen Recht auf Weiterbildung; *CDU/CSU* und *FDP* wollen Weiterbildung dezentralisiert auf Ebene der Betriebe und Beschäftigten belassen

Arbeitsmarkt flexibel halten, Qualifikationen fördern, Potenziale nutzen

- **Lohnsatz:** Lohnuntergrenzen/Mindestlöhne sind für Wiedereingliederung Niedrigproduktiver kontraproduktiv
- **Flexibilität:** Vielfalt der Erwerbsformen bietet Joboptionen für Beschäftigte (insbes. für Wiedereinstieg Langzeitarbeitsloser)
 - atypisch ist nicht gleich prekär.
 - Brückenfunktion ausbauen, Sackgassen vermeiden.
 - mehr Freiheitsgrade eines Teils der Belegschaft erfordern betriebliche Anpassungsscharniere an anderer Stelle.
- **Qualifikation** ist die beste Beschäftigungsgarantie. Aber: Nicht Automatismen und Zentralisierung, sondern bedarfsgerechte Weiterbildung ist ertragreich und zielführend.
- **Infrastruktur:** Ganztagsbetreuung ausbauen

Soziale Sicherung: Gesundheit

Ausgangslage

- **Gesetzliche Krankenversicherung:** Strukturprobleme
 - Umgang mit demografischen Wandel
 - Strukturelle Schieflage zwischen den Kassen
- Frage nach der Zukunft des zweigliedrigen Gesundheitssystems
- Zukünftige Ausgestaltung des Beitragswettbewerbs zwischen den Kassen

Positionen der Parteien

- Klare Systemalternativen: Zweigliedriges System vs. Bürgerversicherung
- Bei den Bürgerversicherungskonzepten: Keine klare Aussagen, wie zukünftig noch effizienzfördernder Wettbewerb gefördert werden soll
- Demografieproblematik wird als Faktor in den Gesundheitskonzepten generell nicht adressiert

Soziale Sicherung: Pflege

Ausgangslage

- Für die Zukunft deutlicher Anstieg der Pflegequote erwartet
- Wirkungsradius (und Finanzierungsgrundlage) der sozialen Pflegeversicherung durch eine Reihe von Reformen ausgeweitet
- Zugleich spürbarer Fachkräftemangel im Pflegebereich

Positionen der Parteien

- Auch hier klare Systemalternativen (Koppelung an Bürgerversicherung)
- Allgemein aber breiter Konsens über Leistungsausweitung
- Reform der Berufsausbildung von Altenpflegern als Streitpunkt: Frage der Verzahnung mit Krankenpflegerausbildung

Soziale Sicherung: Rente

Ausgangslage

- Zahlenverhältnis aus Beitragszahlern und Anspruchsberechtigten wird immer ungünstiger
- Versicherungsfremde Leistungen als zusätzliche Herausforderung
- Zunehmendes Risiko der Altersarmut für Geringverdiener und Bezieher von Erwerbsminderungsrenten

Positionen der Parteien

- Vor allem Frage der Bezuschussung durch Steuermittel (doppelte Haltelinie?)
- Problem der Passgenauigkeit der Vorschläge zur Vermeidung von Altersarmut durch Fokus auf bestimmte Personengruppen
- Fragen der Generationengerechtigkeit spielen in den Überlegungen nur eine untergeordnete Rolle

Zur Steuerpolitik

Die Ausgangslage

Belastung mit Steuern und Beiträgen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist im internationalen Vergleich recht hoch (OECD 2017). Beitragssätze zur Rentenversicherung dürften in den kommenden Jahren merklich steigen (Rentenversicherungsbericht 2016).

Die zusätzlichen Einnahmen aus der „kalten Progression“ wurden in den vergangenen Jahren nur unzureichend in Reformen des Einkommensteuertarifs berücksichtigt (ifo 2016).

Zur Steuerpolitik

Die Positionen der Parteien

- CDU/CSU*: „Mittelstandsbauch“ abflachen und Kinderfreibetrag bzw. Kindergeld deutlich anheben.
- SPD*: Entlastung kleiner und mittlere Einkommen, dafür höherer Spitzensteuersatz. Soli für kleine und mittlere Einkommen abschaffen. „Familiensplitting“-Option.
- FDP*: Einkommensteuer indexieren und Soli abschaffen
- Bündnis 90/Die Grünen*: Ähnlich SPD; „Familienbudget“.
- Die Linke*: Spitzensteuersatz hoch, Vermögensteuer um Mehrausgaben im großen Stil zu finanzieren.

Zur Steuerpolitik

Abgabenlast langfristig begrenzen – „kalte Progression“ vermeiden

Indexierung der Einkommensteuer fördert die

Transparenz der Steuer- und Finanzpolitik.

Solidaritätszuschlag ist steuersystematisch schwer zu

rechtfertigen. Hohe Mindereinnahmen und

Verteilungsargumente erlauben aber kaum die

„einfache“ Abschaffung:

Integration in den Einkommensteuertarif.

Durch Subventionsabbau und vorsichtige

Ausgabenpolitik Spielräume für weitere Entlastungen

schaffen.

Fazit

- Ziel von Wahlprogrammen: Wählerstimmen gewinnen
- positiv: Detailliertheit der Programmatik bei kleinen Parteien, auch jenseits der Kernfelder
- Aussagen im Programm der *CDU/CSU*-Fraktion („Regierungsprogramm 2017-2021“) bleiben in vielen Aspekten hinter erwünschten Konkretisierungen zurück